

Ressort: Reisen

Entsetzen in der Politik über "Hetzjagd" auf GDL-Chef Weselsky

Berlin, 07.11.2014, 15:44 Uhr

GDN - Dass der Chef der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), Claus Weselsky, wegen seiner Unnachgiebigkeit im Bahnkonflikt um seine Privatsphäre fürchten muss, sorgt im Gewerkschaftslager und in der Politik für Entsetzen: "Hier steht auch die Bahn in der Verantwortung. Die öffentliche Hetzjagd auf den GDL-Vorsitzenden muss aufhören", sagte der Bundesvize der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Christian Bäumler, dem "Handelsblatt" (Online-Ausgabe).

"Weitere personelle Zuspitzungen könnten den Rechtsfrieden gefährden." Der CDU-Politiker betonte, dass das Anliegen der GDL, einen Tarifvertrag auch für Zugbegleiter zu erstreiten, legitim und vom Streikrecht gedeckt sei. "Über die Grenzen des Streikrechts und die Verhältnismäßigkeit der Dauer des Streiks sollten die Arbeitsgerichte entscheiden", so Bäumler. Auch der SPD-Bundesvize Ralf Stegner warnt vor überzogener Kritik. "Was immer man vom langen Streik der GDL hält - und es gibt wirklich gute Gründe, diesen als völlig unverhältnismäßig zu kritisieren - rechtfertigt in keiner Weise Drohungen oder Gewaltanwendung", sagte Stegner dem "Handelsblatt" (Online-Ausgabe). "Harte politische Kritik an Herrn Weselsky und der Spaltung der Beschäftigten, die dem Ansehen der Gewerkschaften massiv schadet, ist sicher berechtigt, ihn deswegen an den Pranger zu stellen, bleibt dennoch inakzeptabel." Zudem sollten Weselsky und die GDL "nicht in eine politische Märtyrerverolle gedrängt werden", warnte der SPD-Vize, "sonst werden eine Lösung des Konflikts und eine Rückkehr der GDL zur Vernunft nicht gerade leichter". Empört zeigte sich auch der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt. "Die üblen persönlichen Attacken auf den GDL-Chef Claus Weselsky und der Angriff auf seine Privatsphäre und die seiner Familie haben teilweise jegliches Maß verloren und die roten Linien des Anstands im politischen Dialog weit überschritten", sagte Wendt. "Vor allem die Politik sollte jetzt endlich einmal einen konstruktiven Beitrag zur Beendigung dieser Auseinandersetzung leisten, deshalb müssen die CDU und allen voran Kanzlerin Merkel auf die Verhandlungsführung der Bahn einwirken und ein Angebot ohne Unterwerfungsklausel machen." Das "Eindreschen auf Claus Weselsky" solle den Konflikt personalisieren, um von seinem Inhalt abzulenken, ist Wendt überzeugt. Arbeitsministerin Andrea Nahles und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (beide SPD) gehe es in Wahrheit um den "alten Traum von der Einheitsgewerkschaft" und sie glaubten, jetzt gebe es eine gute Chance, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. "Es ist nicht zu fassen, mit welcher Naivität die CDU diesem durchsichtigen Spiel auf den Leim geht", kritisierte Wendt und fügte hinzu: "Es ist die Kanzlerin, die dafür sorgen muss, dass die Bahn wieder rollt."

Bericht online:

<https://www.gemandailynews.com/bericht-44196/entsetzen-in-der-politik-ueber-hetzjagd-auf-gdl-chef-weselsky.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com